

Wie nutzen ParlamentarierInnen den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan?

Labinot Demaj und Lukas Summermatter

Immer mehr Gemeinwesen ergänzen bzw. ersetzen das traditionelle Budget durch einen Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP). Welche Rolle dem IAFP im jährlichen Budgetierungsprozess tatsächlich zukommt, blieb bisher unerforscht. Unsere Interviews mit Legislativpolitikern aus zwei Kantonen zeigen nun, dass der IAFP als glaubwürdiges und vertrauenswürdigen Dokument der Regierung betrachtet wird, welches hilft, Schwerpunkte für die Budgetdebatte zu identifizieren.

Im Rahmen des Forschungsprogramms „Politicians' Information Need and Use (PINU)“¹ wurden mit je vier KantonsparlamentarierInnen aus den Kantonen Aargau und Zürich Interviews geführt. Dabei wurde unter anderem die Verwendung und Bedeutung des Integrierten Aufgaben- und Finanzplans² (IAFP)³ im Rahmen des Budgetprozesses analysiert. Die zentralen Erkenntnisse dazu sind in diesem Artikel zusammengefasst.

Der IAFP ist für LegislativpolitikerInnen eine Art Anlaufstelle, wenn es darum geht, die Regierungs- und Verwaltungstätigkeit zu überblicken. Als Produkt der Exekutive wird das Dokument zum einen als „Meinung“ bzw. „Einschätzung“ der Regierung zu relevanten Entwicklungen und Sachverhalten verstanden.

Zum anderen gesteht man dem IAFP zu, dass er „Fakten“ vermittelt. Er stellt eine Institution dar, der man vertraut. Die dort festgehaltenen Informationen werden nicht angezweifelt, dies obwohl der IAFP als Kommunikationsplattform der Exekutive verstanden wird, die es zu interpretieren gilt. Einige VolksvertreterInnen sehen den Wert des IAFP denn auch nicht in der Bereitstellung von Detailinformationen, sondern in der Möglichkeit der Regierung, der Legislative glaubhaft zu machen, dass die Mittel vernünftig eingesetzt werden.

Der IAFP erfüllt unterschiedliche Funktionen, die von den jeweiligen Absichten der PolitikerInnen bestimmt werden. Grundsätzlich lassen sich folgende Verwendungszwecke identifizieren.

Der IAFP

- dient als Wegweiser für Budgetschwerpunkte;
- wird als Nachschlagewerk für Detailinformationen in Bezug auf konkrete Sachverhalte benutzt, insbesondere zur Vorstossplanung;
- fungiert teilweise als eine Art Vertrag zwischen den Legislativmitgliedern, in welchem Abmachungen über zukünftige Schwerpunkte festgehalten werden;
- wird auch als Reminder bzw. Kontrollinstrument verwendet, der zum einen den Status quo den Planungen der Vergangenheit gegenüberstellt und zum anderen Debatten über künftige Entwicklungen „eingrenzt“.



Kantonsrat Zürich

Während des Budgetierungsprozesses entnehmen die ParlamentarierInnen dem IAFP die derzeitigen Handlungsfelder des Kantons, die Schwerpunkte der Regierung innerhalb dieser Handlungsfelder, die Beurteilung der finanziellen Entwicklung des Gemeinwesens und die Planung der Zukunft. Konkret suchen sie zu Beginn des Budgetprozesses anhand des IAFP nach markanten Veränderungen. Die so identifizierten „Brüche“ mit der Vergangenheit veranlassen die LegislativpolitikerInnen nach den Ursachen für diese Veränderungen zu suchen.

Das Verlangen nach Begründungen für die Veränderungen bestimmt die Relevanz einzelner Informationsteile. Vermutlich sind vor allem diejenigen Teile des IAFP für ParlamentarierInnen von Bedeutung, welche Erklärungen für spezifische Veränderungen liefern.

Aus den deklarierten Vorhaben der Regierung und den „Brüchen mit der Vergangenheit“ bilden sich die für ParlamentarierInnen relevanten „Deltas“ und somit die Diskussionspunkte für die Budgetdebatte heraus. Danach greift man mehrheitlich punktuell auf den IAFP zurück.

¹ vgl. zum Forschungsprogramm PINU der Artikel „Wie nutzen Politikerinnen und Politiker Informationen?“ in der IMPacts Ausgabe vom Juli 2011.

² vgl. zum Konzept des IAFP Schedler, K., Summermatter, L., & Signer, D. (2010). Politik mit Weitblick: Leitfaden zu einer integrierten Aufgaben- und Finanzplanung. St. Gallen: Institut für Öffentliche Dienstleistungen und Tourismus (IDT-HSG).

³ Im Kanton Aargau spricht man vom Aufgaben- u. Finanzplan (AFP), im Kanton Zürich vom Konsolidierten Entwicklungs- u. Finanzplan (KEF).